

# Kommunales Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus für die Stadt Oberhausen

NRWeltoffen Oberhausen 07/2017 bis 12/2018



**Beschluss des Rates der Stadt Oberhausen  
vom 08.07.2019 zur Umsetzung  
der Handlungsempfehlungen**



**Gedenkhalle**  
Oberhausen

unterstützt von:

**NRWeltoffen**

**demokratie  
leben**

Landeszentrale  
für politische Bildung  
Nordrhein-Westfalen



## **NRWeltoffen**

### **Handlungsempfehlungen gegen Rassismus und Rechtsextremismus in Oberhausen**

Mit Ratsbeschluss vom 21.11.2016 hat die Stadt Oberhausen die Teilnahme am Landesprogramm „NRWeltoffen: Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ beschlossen. Zwingende Voraussetzung für die Teilnahme war die Erarbeitung eines kommunalen Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Der Rat der Stadt bekennt sich hiermit erneut zu den Zielen von „NRWeltoffen“. Er begrüßt das im Rahmen der ersten Projektphase bis Dezember 2018 entwickelte Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus und setzt sich für dessen Umsetzung ein.

Folgende Handlungsempfehlungen hat der Rat der Stadt Oberhausen in der Sitzung am 08.07.2019 mit der Stimme des Oberbürgermeisters Daniel Schranz einstimmig beschlossen.

- 1. Es ist in einem beteiligungsorientierten Ansatz ein Leitbild gegen Rassismus und Rechtsextremismus für Oberhausen zu entwickeln und zu beschließen.**
- 2. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zum Umgang mit Rassismus und Rechtsextremismus zum festen Bestandteil des Aus- und Fortbildungsprogrammes der Stadt und zum verpflichtenden Teil der Führungskräftebildung der Stadt zu machen.**
- 3. Der Rat der Stadt beschließt den Beitritt der Stadt Oberhausen zur Städtekoalition gegen Rassismus.**
- 4. Der Rat der Stadt begrüßt die zahlreichen Projekte und Aktivitäten gegen Rassismus und für Demokratie in Oberhausen und fordert die Verwaltung auf, die Akteure im Themenfeld aktiv zu unterstützen.**
- 5. Der Rat der Stadt fordert die Verwaltung auf, die Einwerbung von Fördermitteln zum Auf- und Ausbau von demokratiefördernden Maßnahmen fortzusetzen und Initiativen zur Einwerbung solcher Mittel zu unterstützen.**
- 6. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, in Abstimmung mit den Programmen „Demokratie leben!“ und „NRWeltoffen“ ein Konzept für ein „Demokratiebüro“ - die Begrifflichkeit ist noch abschließend zu klären - als institutionalisierte lokale Einrichtung zu entwickeln und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.**

7. Der Rat der Stadt unterstützt den Austausch zwischen den Gremien und Institutionen in Oberhausen, die die Migrant\*innen-Selbstorganisationen vertreten, um an den relevanten Schnittstellen Synergieeffekte zu erzielen.
8. Der Rat der Stadt verpflichtet sich zur jährlichen Reflektion und Überprüfung der selbstgesetzten Maßnahmen und entwickelt bei Bedarf Modifizierungsvorschläge.
9. Der Rat der Stadt beschließt außerdem, dass der Hauptausschuss die Federführung für die weitere Entwicklung und Ausgestaltung des Handlungskonzepts übernimmt.
10. Da derzeit noch nicht feststeht, inwiefern ab dem Jahr 2020 geeignete Strukturen installiert bzw. auf Förderbasis initiiert werden können, die der dauerhaften Umsetzung der o.g. Handlungsempfehlungen gerecht werden, überträgt der Rat der Stadt die weitere Entwicklung vorerst dem Fachbereich 0-8-30. Der Fachbereich soll dabei vom Bundesprogramm „Demokratie leben“ und dem aktuell noch laufenden Landesprogramm „NRWeltoffen“ 2019 unterstützt werden.
11. Der Rat der Stadt fordert den Fachbereich 0-8-30 auf, eine Förderung durch das Landesprogramm „NRWeltoffen“ auch für das Jahr 2020 zu erzielen, sofern das Förderprogramm fortgeführt werden wird.
12. Der Rat der Stadt beschließt, dass die Einrichtung von trag- und arbeitsfähigen Strukturen im Falle einer weiteren Landesförderung zum Jahresbeginn 2020 extern ausgeschrieben werden soll, sofern dies mit den (noch nicht bekannten) Förderbedingungen des Landes vereinbar sein sollte.